

Die Normalität der Gewalt: Konfliktparteien und "Zuschauer" fünf Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur in Chile

Pfadenhauer, Michaela

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pfadenhauer, M. (1995). Die Normalität der Gewalt: Konfliktparteien und "Zuschauer" fünf Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur in Chile. In H. Sahner, & S. Schwendner (Hrsg.), *27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - Gesellschaften im Umbruch: Sektionen und Arbeitsgruppen* (S. 765-768). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140918>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

4. Die Normalität der Gewalt: Konfliktparteien und 'Zuschauer' fünf Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur in Chile

Michaela Pfadenhauer

I.

Wenn wir über Chile reden, haben wir ohne besonderes Vorwissen etwa folgendes politisches Bild im Kopf: die wenigen Jahre der Allende-Regierung (1970-1973) haben in deren Versuch, eine sozialistische Politik auf demokratischem Wege zu etablieren, insbesondere den westlichen Links-Intellektuellen der 68er Generation Anlaß zu Hoffnung gegeben, die dann durch Pinochets Militärputsch allerdings alsbald wieder zerstört worden ist. Die Repression und Verfolgung linksgerichteter Oppositioneller während der ersten Jahre der Militärdiktatur zwang allein in diesen Jahren ca. 20 000 Chilenen zur Flucht ins benachbarte und weitere Ausland, ein großer Teil ging nach Deutschland ins unerwartet lange Exil. Die von Pinochet selbst angesetzte Volksabstimmung verhalf schließlich 1990 erneut einer demokratischen Regierung an die Macht.

Polizei und Militär spielten in der jüngsten Geschichte Chiles eine tragende Rolle. Während der knapp 17 Jahre währenden Militärdiktatur (1973-1990) stand General Augusto Pinochet eine vierköpfige Militärjunta zur Seite, die mit legislativen Machtbefugnissen ausgestattet war, und sich mit ihrer Verfassung bis 1989 die unumschränkte Herrschaft sicherte. Zur Aufrechterhaltung des Regimes trug neben dem Militär eine politische Polizei bei, die in Gestalt eines Geheimdienstes agierte und ihre Mitglieder aus den Streitkräften und den beiden chilenischen Polizeiorganisationen rekrutierte. Sowohl das Militär als auch der politische Geheimdienst CNI werden für schwere Menschenrechtsverletzungen und Terror gegen die Bevölkerung, insbesondere aber gegen die linksgerichtete Opposition verantwortlich gemacht.

Die auch in der noch jungen Demokratie andauernde Machtposition des Militärs und auch der Polizei (als vierter Säule der chilenischen Streitkräfte neben Heer, Luftwaffe und Marine) manifestiert sich in einer Verfassungsklausel, nach der der Präsident nicht ohne ausdrückliche Genehmigung des Oberbefehlshabers der Streitkräfte - bis 1997 hat dieses Amt General Pinochet inne - Generäle befördern oder vom Dienst suspendieren darf. Die im März 1994 gewählte neue Regierung unter Präsident Frei hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Einfluß der Generäle auf die Politik allmählich zurückzudrängen, vermeidet jedoch jegliche Provokation des Militärs, z.B. indem Mitglieder des Oberkommandos regelmäßig zu politischen Absprachen eingeladen werden. Die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen, die während der Diktatur durch Militär und Polizei begangen worden sind, wird äußerst vorsichtig gehandhabt, indem zwar die Greuelthaten, selten aber die Namen der Verantwortlichen veröffentlicht werden. Und eben hier setzt die Kritik der politischen Opposition an.

II.

Diese politische Opposition in Chile basiert im wesentlichen auf zwei Strömungen: Sie besteht zum einen aus den *alten* Gegnern der Militärdiktatur, die vor allem in den ersten Jahren nach dem

Putsch harten Repressionen seitens des Militärs und der (politischen) Polizei ausgesetzt waren und aus Angst vor der politischen Verfolgung zu einem großen Teil ins Ausland flüchteten. Diejenigen Exil-Chilenen, die in den letzten Jahren *ins Land zurückgekehrt sind*, verknüpfen mehr oder weniger starke Hoffnungen mit der Etablierung der neuen demokratischen Ordnung.

Insbesondere gegen Mitglieder linksrevolutionärer Bewegungen und der Kommunistischen Partei wurde unter dem Militärregime eine Politik des Terrors, der Einschüchterung und des "Verschwindenlassens" betrieben (Nolte 1991: 77). Die Überlebenden dieser Verfolgung sowie deren Freunde und Sympathisanten, *die im Land geblieben waren*, sehen ihre demokratischen Hoffnungen angesichts der personellen Kontinuität der militärischen Führungselite gedämpft. Sie reagieren mit großer Empfindlichkeit bis hin zu Verbitterung auf die Zurückhaltung der Regierung bei der Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen des Militärregimes und fordern eine konsequentere Aufklärung dieser Straftaten.

Ebenso wie sie nimmt die *junge*, vor allem studentische Generation der akademischen Mittelschicht eine radikal-oppositionelle Haltung den Sicherheitskräften gegenüber ein, wenn ihr auch weitgehend der persönliche Erfahrungshintergrund fehlt. Ihre Protagonisten erklären die neue politische Macht zur Schein-Demokratie, da - mit Ausnahme der politischen Elite - in den meisten gesellschaftlichen Teilbereichen, insbesondere aber bei Militär und Polizei, eben kein Personalwechsel vorgenommen worden ist.

Während die Opposition die personelle Kontinuität von Militär und Polizei anprangert und die heutigen Aktivitäten der Polizei in Parallele zum alten Terror der Sicherheitskräfte setzt, ist das Vorgehen der Polizei zwar als übersteigerte Form der Verbrechensvorbeugung und -bekämpfung zu bewerten, dient aber v.a. der präventiven Repression, der vorbeugenden Abschreckung und letztlich der Erhaltung des neuen Status Quo.

III.

In eben diesem Verstande ist das Gros der chilenischen Bevölkerung - im Gegensatz zur Opposition - an einer *Normalisierung* des Verhältnisses zu den staatlichen Sicherheitskräften interessiert. Für die Normalbürger haben sich 'die Zeiten' geändert, unabhängig von der Tatsache, daß das Personal des damaligen Repressionsapparats nicht ausgewechselt und zur Rechenschaft gezogen wurde. Dieser Einstellungswandel läßt sich als ein Rückzug ins Private, als Entpolitisierung der Bevölkerung interpretieren. Die Protestaktionen gegen das diktatorische Regime Mitte der 80er Jahre, die zunächst von den Gewerkschaften, später unter Beteiligung der politischen Parteien und massiv forciert von den sozialen Bewegungen (insbesondere von Frauen) organisiert wurden, hatten auf einen Schlag die gesamte chilenische Gesellschaft politisiert. Die umfassende politische Mobilisierung der Bevölkerung erscheint im Rückblick lediglich als kurzes Aufflackern, das seinen Nährboden ab 1980 in den massiven ökonomischen und sozialen Problemen des Landes fand: hohe Arbeitslosigkeit, Konzentration des Reichtums in den Händen weniger und damit verbunden eine Vertiefung der sozialen Ungleichheit (Fernández-Baeza und Nohlen 1992: 87).

Obwohl Chile gemessen an makroökonomischen Variablen seit den späten 80er Jahren einen starken wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, ist das Alltagsleben der meisten Chilenen von Existenznöten geprägt. Dies insbesondere deshalb, weil die neugeschaffenen Arbeitsplätze, insbesondere im Dienstleistungsbereich, äußerst unsicher sind, befristete Arbeitsverträge unter einem

Jahr Dauer an der Tagesordnung sind und die somit permanent drohende Arbeitslosigkeit so gleich äußerste Armut bedeuten kann, da in Ermangelung einer (gesetzlichen) Arbeitslosenversicherung kein staatliches, sondern lediglich ein familiäres bzw. verwandtschaftliches soziales Netz existiert.

Diese existentiellen Alltagsorgen, kombiniert mit einer stetig steigenden Konsumhaltung angesichts der multiplen Konsumoptionen überlagern die Auseinandersetzung mit Politik jenseits der kleinen politischen Tagesereignisse. Dieses Desinteresse setzt sich in einer wenig ambitionierten Einstellung zu Polizei und Militär fort. Sowohl politische Oppositionelle als auch Kriminelle werden als "Unruhestifter" wahrgenommen, deren Aktivitäten eine alltägliche Bedrohung und Quelle für Verunsicherung darstellen. Dies erklärt die wenig kritische, wenn nicht sogar affirmative Haltung des überwiegenden Teils der Bevölkerung den Sicherheitskräften gegenüber, die zu Hoffnung Anlaß geben, diesem beunruhigenden Treiben Einhalt zu gebieten. Kritisch wird das Verhältnis erst, wenn Polizeiaktivitäten im direkten Bürgerkontakt an die Machenschaften des ehemaligen Geheimdienstes erinnern, z.B. wenn Detektive an der Tür klingeln und Auskünfte über bestimmte Personen einholen. In der Wahrnehmung ihrer Präventionsfunktion ist die Polizei dagegen unproblematisch: sie verspricht Ruhe und Ordnung im Land und den Schutz des Lebens und Eigentums des einzelnen Bürgers. Sie gewährleistet in einer Situation der allmählichen Etablierung von Demokratie und Wohlstand die relativ beste aller Bürgerwelten jenseits von sozialistischem Experiment und Militärdiktatur.

IV.

Ein effektives staatliches Gewaltmonopol, wie wir es gewohnt sind, war in Lateinamerika nie ganz verwirklicht. Denn es besteht kein effektives System rechtsstaatlicher Kontrollen, das das Gewaltmonopol "domestiziert" (Waldmann 1992: 23). Trutz von Trotha spricht deshalb vom "anomischen Staat" bzw. von "parastaatlicher Ordnung", die die Ordnung urbanisierter Verelendung und Ausdruck eines ressourcenarmen, schwachen Staates ist. Gewalt ist hier eine legitime Ressource der Konfliktlösung. "Tritt die Polizei spätestens dann auf den Plan, wenn die allgemeine Verwaltung sich nicht durchzusetzen vermag, so das Militär spätestens dann, wenn dem polizeilichen Akteur die Definitionsgewalt bürgerlichen Handelns entgleitet. Das Kontinuum Bürokratie-Polizei wird von der Polizei zum Militär fortgesetzt." (Busch u.a. 1988; zit. nach: von Trotha 1995: 4)

Diese Beschreibung trifft sicherlich für Chile zu Zeiten der Militärdiktatur zu: die Grenzen zwischen zentralstaatlicher und parastaatlicher Gewalt, zwischen legaler und illegitimer Gewaltausübung waren verwischt. Der Staat konnte somit seiner Aufgabe, die öffentliche Ordnung zu wahren und für die Sicherheit aller Bürger zu sorgen, nur in begrenztem Umfang gerecht werden. Aber auch im demokratischen Chile ist das Militär - und ebenso die Polizei als militärische Untereinheit - nach wie vor eine eigenständige politische Macht, die alles daransetzt, sich dem Zugriff der Regierung zu entziehen und ihre Autonomie zu erhalten. Die wenn auch nicht progredierenden, so zumindest doch auf hohem Niveau stagnierenden sozialen Konflikte stellen in Verbindung mit politischer Unruhe ein nicht zu unterschätzendes Krisenpotential dar. Der von alltäglichen Existenznöten geplagte Bürger hofft auf Ruhe und innere Sicherheit und eben dies scheint von Polizei und Militär derzeit hinlänglich gewährleistet zu werden. Solange der Großteil

der Bevölkerung also latente ebenso wie punktuelle Gewalt seitens der staatlichen Sicherheitskräfte als akzeptables Instrumentarium zur Konfliktregelung ansieht, ist auch im demokratischen Chile ein Rückwärts "in die Barbarei" nicht auszuschließen.

Literatur

- Fernandez-Baeza, Mario/Nohlen, Dieter (1992), Chile. In: Waldmann, Peter/Krumwiede, Heinrich-Wilhelm (Hg.), Politisches Lexikon Lateinamerika. München, S. 74 - 88.
- Gleich, Michael (1991), Chile: Spielräume der demokratischen Opposition zwischen Diktatur und Demokratie. Eine politische Transformationsstudie mit einer Falluntersuchung über die Opposition in Rancagua, der Hauptstadt der VI. Region "Bernardo O'Higgins". Saarbrücken/Fort Lauderdale.
- Hitzler, Ronald (1994), Radikalisierte Praktiken der Distinktion. Zur Politisierung des Lebens in der Stadt. In: Dangschat, Jens/Blasius, Jörg (Hg.), Lebensstile in den Städten. Opladen, S. 47 - 58.
- Nohlen, Dieter (1994), Lateinamerika zwischen Diktatur und Demokratie. In: Junker, Detlef/Nohlen, Dieter/Sangmeister, Hartmut (Hg.): Lateinamerika am Ende des 20. Jahrhunderts. München, S. 12 - 26.
- Nolte, Detlef (1991), Staatsterrorismus in Chile. In: Tobler, H.W./Waldmann, P. (Hg.): Staatliche und parastaatliche Gewalt in Lateinamerika. Frankfurt a.M., S. 75 - 104.
- von Trotha, Trutz (1995), Ordnungsformen der Gewalt oder Aussichten auf das Ende des staatlichen Gewaltmonopols. Erscheint in einem von Birgitta Nedelmann herausgegebenen Sonderheft der KZfSS.
- Waldmann, Peter (1992), Staatliche und parastaatliche Repression in Lateinamerika. Stiftung Wissenschaft und Politik. Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit. Ebenhausen.

Michaela Pfadenhauer, Institut für Soziologie, Universität München, Konradstr. 6, D-80801 München

5. Von der Fremdheit zur Konkurrenz. Die politische Dynamik ethnischer Konflikte in den Vereinigten Staaten

Sighard Neckel

Am Beispiel der interethnischen Konflikte in den Vereinigten Staaten werden einige Begründungen dafür vorgestellt, warum die traditionelle Sichtweise auf ethnische Konflikte, die auf die Bedeutung wechselseitiger kultureller Fremdheitserfahrungen abstellt, durch eine Theorie der politischen Aushandlung ethnischer Grenzziehungen ergänzt werden sollte. Im Mittelpunkt der Darstellung steht dabei die zunehmende Bedeutung selbsterzeugter und handlungsabhängiger sozialer Konstruktionen von Ethnizität in der Gesellschaft der USA, wie sie am deutlichsten in den politisch handlungsmächtig gewordenen "panethnischen" Zugehörigkeitskategorien zum Ausdruck kommen.

Eine Analyse der inneren Konstruktionsprinzipien dieser panethnischen Kategorien ergibt, daß sie im wesentlichen durch die politischen Erfordernisse einer Konkurrenz um materielle Ressourcen und soziale Rechte veranlaßt worden sind. Allerdings zeigt sich in der Analyse auch, daß die